

Städtepartnerschaften und ihr Beitrag zum Europa der Bürger

von Ruth Hieronymi MdEP

1. Städtepartnerschaften sind die **Grundlage** für **ein bürgernahes Europa**. Seit den ersten Jahren des europäischen Einigungswerkes ermöglichen sie in immer größerem Umfange die persönliche Begegnung der Menschen. Jahrzehnte vor den europäischen Förderprogrammen fand/ findet hier Völkerverständigung statt, auf der die Rechtsgemeinschaft der Europäischen Union zu einer tatsächlichen Wertegemeinschaft wachsen kann. 50 Jahre nach dem Vertrag von Rom gilt deshalb der Dank den Städten und Gemeinden, Partnerschaftsvereinen und all den Schulen und verschiedenen Vereinen, die mit einem immensen, meistens ehrenamtlichen Einsatz, dieses Werk ermöglicht haben. Sie sind die wahren **Baumeister Europas**.
2. Das IPZ - Institut für Europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit - ist in Deutschland ein **Motor und Kristallisationskern** dieses Prozesses. 260 Kommunen, Partnerschaftskomitees, Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen bilden eine einzigartige bundesweite Initiative, die Partnerschaften anregt, begleitet und durch europäische Bildungsarbeit das ferne Brüssel näherbringt. Die insgesamt über **800** Seminare, Europaforen, und Jugendwerkstätten zu kommunalen Partnerschaften und zur Beantragung von Fördermitteln, die in den letzten 25 Jahren stattgefunden haben, sowie die seit über 10 Jahren stattfindenden Jugendtage an Schulen in ganz Deutschland, die Jugendlichen die EU näherbringen sollen und von denen bisher insgesamt **über 75** durchgeführt wurden, belegen dies eindrucksvoll. Die elektronische Zeitung "Europa aktuell - partnerschafts-news" erhalten 900 Bürginnen und Bürger in 15 Ländern.
3. Die europäischen Institutionen haben das Wirken der Städtepartnerschaften nachhaltig unterstützt. Das Europäische Parlament hat 1988 die Initiative zur Schaffung **eines europäischen Förderprogramms für Städtepartnerschaften** ergriffen. Seither werden aus diesem Fonds jährlich hunderte von Partnerschaftsbegegnungen gefördert. Das IPZ hat seine Bildungsarbeit in enger Zusammenarbeit mit dem Städtepartnerschaftsfonds aufgebaut und bei den Städtepartnerschaften und Partnerschaftsvereinen unermüdlich über diese wichtige Fördermöglichkeit informiert. Das IPZ hat aber auch unermüdlich immer wieder auf Probleme bei der Abwicklung des Partnerschaftsfonds hingewiesen und einen entschiedenen Abbau der bürokratischen Hürden gefordert. Das Europäische Parlament und vor allem sein Kulturausschuss haben in den vergangenen Jahren diese Kritik des IPZ und seiner Städtepartnerschaftsorganisationen aufgegriffen und – allerdings nur zum Teil- Abhilfe schaffen können.

4. Dank dieser intensiven Zusammenarbeit konnte erreicht werden, dass der Anteil der genehmigten Anträge auf 75% im Jahr 2004 gegenüber 47% im Jahr 2001 gestiegen ist. Die wachsende Zahl der Mitgliedstaaten, ohne eine entsprechende Erhöhung des Etats, lässt jetzt aber schon eine rückläufige Entwicklung erkennen. Im Jahre 2006 wurden nur noch 51% der Förderanträge bewilligt.
5. Bei den 2464 Förderanträgen im Jahre 2006 handelt es sich um 2188 Begegnungen zwischen Partnerstädten und 276 Konferenzen und Seminare. Deutschland hat nach Frankreich in diesem Jahr mit 518 die meisten Projektanträge bei der EU-Kommission gestellt. Allerdings wurden von den 518 Anträgen nur 237 Anträge, d.h. weniger als 50%, als förderungsfähig anerkannt. Diese Zahlen zeigen ein hohes Beratungs- und Informationsdefizit. Das zeigt einmal mehr, wie wichtig die Informationsarbeit des IPZ ist.
6. Das neue Förderprogramm der EU 2007-2013 zur Unterstützung der Städtepartnerschaften heißt „**Europa für Bürgerinnen und Bürger**“. Mit dem bisher gültigen Programm standen von 2004 bis 2006 im Städtepartnerschaftsfonds pro Jahr rund 9,6 Mio. Euro für 25 Mitgliedstaaten zur Verfügung, mit dem neuen Programm wird es auf 13,8 Mio. Euro für 27 Mitgliedstaaten angehoben werden. Der Vergleich zeigt eine dramatische Kürzung der Mittel. In den Jahren 2002/2003 standen jeweils 12. Mio. Euro pro Jahr für 15 Mitgliedstaaten zur Verfügung.
7. Der EU-Städtepartnerschaftsfonds kann auf dieser Grundlage auch in den nächsten Jahren die Städtepartnerschaften unterstützen, aber auf wesentlich niedrigerem Niveau. Das Europäische Parlament hat den Haushaltsvorschlag der EU-Mitgliedstaaten zweimal abgelehnt und erst beim dritten Mal die niedrigen Zahlen akzeptiert. Nun müssen alle mit den niedrigen Haushaltsansätzen leben. Dem Anstieg von 15 auf 27 Mitgliedstaaten steht kein entsprechender Zuwachs des europäischen Haushaltes gegenüber!
Für die Städtepartnerschaften ist die Folge, dass eine EU-weite Förderung
 - nicht mehr erfolgt für bilaterale Konferenzen, sondern erst bei der Beteiligung von Partnern aus mindestens drei Mitgliedstaaten,
 - nicht mehr erfolgt für Planungsgespräche zur Gründung neuer Städtepartnerschaften und für Arbeits- und Planungsgespräche zwischen den vorhandenen Partnerschaften.

Die Konsequenz dieser Entscheidung der Regierungen der Mitgliedstaaten ist, dass diese Aufgaben in Zukunft stärker von Städten und Gemeinden selbst finanziert werden müssen. Alle, die diese Entwicklung für Deutschland kritisieren, mögen sich vorstellen, wie schwierig für Städte, Gemeinden und Partnerschaftsvereine aus den neuen Mitgliedstaaten diese Situation ist. Das Europäische Parlament wird sich deshalb auch weiterhin nachdrücklich für eine Aufstockung der Mittel gegenüber den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einsetzen.

8. Das IPZ gibt immer wieder wichtige Hinweise aus der Praxis, um auf weitere Verbesserungen und den Abbau von unnötiger Bürokratie gegenüber der EU-Kommission zu drängen.

Das Europäische Parlament hat in den letzten Jahren das zu bürokratische Antragsverfahren und die Verzögerungen bei der Auszahlung der Partnerschaftsmittel, für das die EU-Kommission verantwortlich ist, nachdrücklich kritisiert und auch Verbesserungen bewirkt. So wurden z.B. ab dem Jahr 2002 Pauschalbeträge mit einem Höchstsatz von 20.000 Euro für die Auszahlung der Mittel eingeführt.

9. Bisher nicht gelöst ist auch das Problem der Förderung von Partnerschaftsbegegnungen der deutschen Landkreise aus Mitteln des EU-Partnerschaftsfonds. Dies ist weniger eine finanzielle, sondern vorrangig eine rechtliche Frage. Der rechtliche Status der Landkreise gilt im europäischen Vergleich bisher als zweite kommunale Ebene, die nicht das Kriterium der unmittelbaren Bürgernähe erfüllt. Wie in Deutschland wissen, dass dies falsch ist. Es bleibt deshalb eine Aufgabe der deutschen Regierung, der kommunalen Spitzenverbände und vor allem der deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), den Rechtsstatus und die Bürgernähe der Landkreise in Deutschland gegenüber der EU klarzustellen.

10. Die Europäische Union mit heute 27 Mitgliedstaaten steht vor dem großen Problem, dass ihre Bürgerinnen und Bürger dieses einmalige Friedens- und Wohlstandsprojekt als zu bürokratisch und bürgerfern wahrnehmen und ihm immer kritischer gegenüberstehen. Die **Leistungen der Städtepartnerschaften** für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger sind deshalb **heute wichtiger denn je**. Dem Institut für Europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit gilt der große Dank für die hervorragende geleistete Arbeit und die besten Wünsche für das zukünftige Wirken. Um die erfolgreiche Arbeit weiter leisten zu können, braucht das IPZ die nachhaltige Unterstützung auf deutscher und europäischer Ebene.

Für das Europäische Parlament kann ich diese Unterstützung zusichern.

27. Januar 2007